

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amr Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 6

Berlin, den 11. Februar 1923

3. Jahrgang

Unser Recht auf hohen Lohn.

Von Dr. Georg Heddenreich.

Lohnbewegung und wirtschaftlicher Fortschritt.

Die Arbeiterchaft, die für ihre eigene Sache kämpft, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, fördert zugleich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Daraus schöpft die Arbeiterbewegung ihre unüberwindliche Kraft.

Die kapitalistische Wirtschaft kennt nur das tote Kapital und ist bereit, für den Profit alles zu opfern. Die Arbeiterchaft vertritt dagegen die Interessen des lebenden Kapitals, der Arbeitskraft. Beides, Sachwerte und Arbeitskraft, sind zur Produktion unerlässlich. Aber die Arbeit ist das Ursprünglichere, Wichtigere. Sie belebt nicht nur das tote Kapital, sondern ist seine unverfälschte Quelle. Die Entwicklung des Sachkapitals — Rationalisierung nennt man sie heute — ist zum wirtschaftlichen Fortschritt sicherlich notwendig. Noch wichtiger ist aber die Entfaltung der Arbeitskraft eines Volkes. Darum ist eine soziale Wirtschaftspolitik die beste Rationalisierung. Dagegen hat sich aber das Unternehmertum in kurzfristiger Profitgier von jeher gestemmt. Seit Jahrzehnten schon wird ein unverantwortlicher Manbau mit der Arbeitskraft getrieben; der größere Opfer gefordert hat als ein Krieg. Darum hat die Arbeiterchaft ihre Sache in die eigenen Hände genommen. Sie legt der Forderung der Unternehmer auf Erhaltung und Ausbau des Sachkapitals die Forderung der Gesundheit entgegen, Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft.

Zu dieser grundlegenden Bedeutung eines Schusses der Arbeit tritt die Bedeutung eines hohen und steigenden Lohnstandes für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses, dessen größte Störungen dadurch gemildert werden. Jeder kennt das Grundbede der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung und leidet darunter: auf der einen Seite Not und Entbehrung, auf der anderen leere Fabriken und Arbeitslose. Und der Grund dafür? Überproduktion sagt der Unternehmer, der für seine Waren keine kaufkräftigen Abnehmer mehr findet, Unterfunktion, sagt der Arbeiter, der noch an allem Mangel leidet, aber keine Mittel hat, um zu kaufen. Die Beseitigung des Widerspruchs zwischen Erzeugung und Verbrauch ist eine der grundlegenden Aufgaben fortschrittlicher Wirtschaftspolitik. Sie kann nur in einem Sinne erfolgen, wenn sie kein Rückschritt sein will: nämlich durch Steigerung des Verbrauches. Die Erhöhung der Löhne ist darum notwendig, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft auszunutzen. Sie ist aber auch notwendig, um die Leistungsfähigkeit weiter zu steigern.

Das Unternehmertum hat kein Interesse an einer hohen Produktion, sondern nur an einem großen Gewinn. Es neigt dazu, diesen Gewinn auf die ihm bequemste Weise herauszuholen, also auf Kosten der Arbeiterchaft. Wird der Gewinn aber durch Lohnsteigerungen geschmälert, dann werden die Unternehmer alle Möglichkeiten der Organisation und der technischen Ausrüstung nützen, um den alten Stand wieder zu erreichen. So wird durch die Lohnbewegung ein ständiger Druck zur Organisation und Rationalisierung erzeugt, die zunächst nur zur Sicherung der Unternehmerrgewinne dienen, aber, einmal durchgeführt, auch der Arbeiterchaft wieder neue Lohnbewegungen ermöglichen, die wieder die Unternehmer zur wirtschaftlicheren und ertragreicheren Durchbildung der Wirtschaft zwingen — bis schließlich die Reife für die Sozialisierung erreicht ist.

Die langsame Veränderung der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft wird noch von einer mehr an der Oberfläche liegenden Konjunkturbewegung begleitet. Die Lohnbewegung führt nicht nur zu einer rascheren Veränderung der grundlegenden Struktur, sondern sie wirkt auch ausgleichend und mildert auf den regelmäßigen Wellengang, den Wechsel von Konjunktur und Krise, der den einzelnen Arbeiter am empfindlichsten trifft.

Privatwirtschaftliche und gemeinwirtschaftliche Kräfte kämpfen in der Wirtschaft. Der übliche Ablauf der Konjunktur zeigt am deutlichsten, wie sehr noch privatwirtschaftliche Gesichtspunkte überwiegen, und wie sie zur Schädigung der Gesamtwirtschaft führen. Jede Konjunktur wird mit einer Steigerung der Nachfrage eingeleitet, die freilich durch verschiedene Ursachen ausgelöst werden kann. Man sollte meinen, daß dieser Anlauf eine eindeutige Wirkung haben müßte. Tatsächlich können grundlegend entgegengesetzte Folgen eintreten. Entweder führt die höhere Nachfrage zur Preissteigerung, also zur privatwirtschaftlichen Ausnutzung der Konjunktur, oder sie zieht eine Steigerung der Produktion nach sich, die preislenkend wirken müßte, da ja bei besserer Ausnutzung der Produktionsanlagen die Kosten pro Stück sinken. Bei uns kann man von einer preislenkenden Wirkung der Konjunktur noch nichts merken. Bis jetzt ist sie regelmäßig zur Preissteigerung mißbraucht worden. Das ist auch anders sein kann, beweist das Beispiel der amerikanischen Konjunktur, die tatsächlich zum erstenmal in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft mit einer Preislenkung verknüpft war. Steigende Preise reizen nun zwar die Produktion zu größerer Tätigkeit, sie lassen aber auch die Kaufkraft zerschmelzen. Die Erzeugung steigt, die Kaufkraft sinkt. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch muß wachsen, bis es zur Krise führt. Wenn es den Gewerkschaften in der Zeit aufsteigender Konjunktur gelingt, das Lohnniveau zu heben, verhalten sie damit o. e. Kaufkraft und erreichen, daß das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch langsamer zunimmt, die Krise also hinausgeschoben wird. Sind sie stark genug, die Kaufkraft im gleichen Maße zu heben, wie die Produktion steigen ist, dann könnten die Krisen fast ganz ausgeschaltet werden. Wenn das noch nicht gelingt, kann doch der Rückschlag sehr gemildert und der neue Aufschwung beidseitig werden, wenn durch die gewerkschaftliche Organisation ein Anheben der Löhne in der Zeit der Krise verhindert wird, da dann die Kaufkraft, die den Anlauf der Produktion letzten Endes entscheidet, erhalten bleibt.

Wer den wirtschaftlichen Fortschritt will, muß für die gewerkschaftliche Lohnpolitik eintreten. Den Fortschritt zu fördern, haben wir die Pflicht. Darum sollten wir in unserer Gewerkschaft nicht nur eine Vertretung unserer Interessen sehen, so wie jeder Unternehmerverband die Interessen des Kapitals vertritt, sondern eine Gemeinschaft der Schaffenden, mit dem Ziel, das Leben gerechter und besser zu gestalten.

Landwirtschaftsnot?

In den letzten Tagen drang ein auffälliges Geschrei des Reichslandbundes an die Ohren der Öffentlichkeit. Es hatte zum Zweck, deren Augenmerk auf die „Not“ der Landwirtschaft zu lenken. Der Reichslandbund ist angeblich eine Organisation der Landwirtschaft, in der aber die Klein- und Mittelbauern nur zum Teil organisiert sind. Soweit sie das sind, haben sie nichts zu sagen und erst recht nichts zu bestimmen. Die Führung haben die Großagrarier, die gewöhnlich landwirtschaftliche Arbeit und Tätigkeit nur den Namen nach kennen.

Diese Großagrarier, die in keiner Weise praktisch tätige Landwirte sind, sondern meist Grafen, Barone, Rittergutsbesitzer mit lebensmännischen Allüren, die nur andere Menschen für sich arbeiten lassen, brauchen Geld für ihr kostspieliges, verschwenderisches Leben. Mit Arbeit können sie nichts verdienen, deshalb bringen ihre Güter nicht viel ein; nun versuchen sie es auf eine andere Weise. Sie wollen Geld vom Staat, weil dieser ja auch den Ruhrindustriellen 700 Millionen Goldmark in den Schoß warf. Da in der Bürgerblockregierung ihre Leute mitliegen, so nutzen sie die Zeit aus, um sich mit Hilfe ihrer Regierungsmänner auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Geld aus dem Staatsfiskus läßt sich mittelst der politischen Macht leichter nehmen als durch Arbeit verdienen. Deshalb wird der Eifer jetzt entfaltet, wo die Regierungsmacht noch auf ihrer Seite steht. Dies ist der Zweck des ganzen Notgeschreies.

Wacker Egoismus ist die Triebfeder. Daß die Arbeitsbauern, also die, die wirkliche Landwirte sind, gegenwärtig nicht wie in der Inflationszeit mehr auf Kosten gebettet sind, weiß ganz Deutschland. Dies darf aber nicht als Anlaß benützt werden, daß nun fälschlich im Namen der Landwirtschaft von einigen großen Rittergutsbesitzern der Staat geschädigt wird, ohne daß Nutzen daraus erwächst. Geld hingeben hat nur Zweck, wenn damit die Wirtschaft angeregt wird. Das blieb bisher jedoch bei der Kreditgewährung an die Großgrundbesitzer aus. Sieben Milliarden neue Kredite sind bereits in den letzten Jahren der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Vier Milliarden davon sind nach dem Urteil der Sachverständigen heute nicht mehr aufzufinden. Sie sind nutzlos verbraucht. Wofür wohl? Für Wirtschaftszwecke kaum. Wird es anders sein, wenn noch einmal Milliarden geopfert werden? — Keineswegs. Dadurch würden nur die Lohn- und Gehaltsempfänger belastet, die Allgemeinheit geschädigt und den wirklich notleidenden Bauern nicht geholfen.

Bei der Landwirtschaftskrise ist eigenartig, daß gerade die ostelbischen Großgrundbesitzer davon am meisten betroffen werden. 90 bis 95 Proz. der insgesamt versteigerten Bodenflächen entfallen auf die fünf östlichen Provinzen des Reiches. Die Zwangsversteigerungen und Zusammenbrüche bei den Kleinbauern mit einem Weiz bis zu 20 Hektar haben sich seit 1924 dagegen auf ein Drittel verringert, die der Mittel- und Großbauern sind stabil geblieben, die der Großgüter über 100 Hektar stiegen um über 40 Proz. Das sind Reichen, die beachtet werden sollten; denn es geht daraus hervor, daß sich

die Klein- und Mittelbetriebe in Krisenzeiten besser halten, wenn auch unter persönlichen Opfern, zu denen sich die Großagrarier nicht zu entschließen vermögen. Man darf aber nicht etwa meinen, die Großgrundbesitzer zögen daraus eine Lehre und würden ihr unrentables Land den wirklichen Bauern überlassen. Das tun sie nicht. Das wäre ja dem Uebel abgeholfen. Soweit wollen es die Drahtzieher des Reichslandbundes jedoch nicht kommen lassen; denn dann könnten sie ja keine Geldgeschäfte auf Kosten der Allgemeinheit mehr machen.

Infolge der Schutzpolitik des Reichslandbundes und der ihm untertanen Parteien würden die Bodenpreise künstlich hochgehalten und die Rentabilität des Bodens gedrückt. Die Bauernsiedlung wurde auf diese Weise unterbunden, der Kredit verteuert und die Verschuldung gesteigert. Die Arbeitsbauern, ihre Söhne und Töchter hatten den Nachteil davon.

Alle die Maßnahmen, die gegenwärtig vom Landbund verlangt werden, wie Vermögenssteuernachlass, Kreditgewährung durch Auslandsanleihen, Übernahme eines Teils der Zinsen durch das Reich, würden den Bauern absolut nichts nützen und nur der Großgrundbesitzer zugute kommen, der sich dadurch auf Kosten der Steuerzahler bereichern würde. Dieser Großgrundbesitzer würde wie bisher auch wieder Milliarden nutzlos auffangen und spurlos verschwinden lassen. Die Arbeiter- und Bauernschaft hätte den Nachteil.

Mit aller Macht haben sich die Arbeiter und Bauern gegen diese Art Stützungsmaßnahmen der Groß-Landwirtschaft zur Wehr zu setzen; denn sie schädigen das Reich, ohne volkswirtschaftlichen Nutzen zu bringen. Der Landwirtschaft ist viel mehr gebietet, wenn sie billige Futtermittel und Düngemittel und annehmbare Preise für ihre Produkte erhält, wenn der verteuerte Zwischenhandel soweit wie möglich ausgeschaltet wird und sonst wirksame Maßnahmen zur Schutze der Arbeitsbauern getroffen werden.

Die Arbeiterchaft hat sich mit aller Kraft gegen diese Maßnahmen der Bürgerblockregierung zu wenden; denn sie wurde mit 100 Millionen Reichsmark Lohnsteuern mehr belastet, während der Groß-Landwirtschaft Hunderte von Millionen in den Taschen geschoben werden. Dabei zahlt die Landwirtschaft insgesamt nicht einmal 100 Millionen Reichsmark Einkommensteuer gegen 1300 Millionen Lohnsteuer, die Arbeiter, Angestellte und Beamte anbringen. Im gleichen Atemzug, wo die Bürgerblockregierung den Junkern Vermögenssteuernachlass und andere Erleichterungen in unermesslichen Summen gewährte, strich sie fünf Millionen für Kinderbeschäftigungszwecke.

Den Vorkosten der Armen nimmt man es, um den Reichen das saule Lotterleben möglichst sorgenlos zu gestalten. Das ist die Politik der Bürgerblockparteien und ihrer Regierung. Es wird höchste Zeit, daß die ihnen noch nachlaufenden Arbeiter, Angestellten, Beamten und Arbeitsbauern endlich einsehen, wie schädlich diese Politik für sie ist.

Nachtarbeitverbot für die Heimindustrie.

II.

Den wichtigsten Abschnitt in der bisherigen Heimarbeiterschutzgesetzgebung (HAG.) bilden unbestritten die Bestimmungen über die Festlegung von Mindestentgelten und die Allgemeinverbindlicherklärung derselben auch dann, wenn die Festlegung oder ein etwa vorhandener Tarifvertrag noch keine überwiegende Bedeutung erlangt hat. Daß diese Bestimmungen für den Heimarbeiterschutz nicht ausreichen, ist aus der vorhergehenden unter I obenstehenden Titels erschienenen Abhandlung hervorgegangen. Es fehlt die Regelung der Arbeitszeit. Hier taucht die Frage auf, in welchem Gesetz die Arbeitszeitregelung für die Heimindustrie unterzubringen ist. Nach der bisherigen Entwicklung bleiben hierzu in der Hauptsache zwei Stellen übrig, entweder die Regelung findet ihren Niederschlag in dem kommenden Arbeitszeitgesetz oder dem vorhandenen Hausarbeitsgesetz. Sollte die Auswahl auf das HAG fallen, dann könnte eine solche Regelung in vier Paragraphen, und zwar unter die §§ 18, 19, 20 und 21 im Hausarbeitsgesetz erscheinen. Die jetzigen Paragraphen 18 und folgende könnten ab § 22 laufend weitergeführt werden.

Zur Regelung der Arbeitszeit für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen erscheinen folgende Vorschläge für angemessen:

Entwurf:
Nachtarbeitverbot.
§ 18.

In Werkstätten und Wohnräumen im Sinne des § 2, Ziffer 1 dürfen in der Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr keinerlei gewerbliche Arbeiten von den Inhabern der Werkstätten oder Wohnungen, ihren Familienangehörigen oder sonstigen Personen verrichtet werden. Im Sonn- und Feiertagen ruht die gewerbliche Arbeit auch in der Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends.

Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsrates für die einzelnen Hausarbeitsgebiete nähere Bestimmungen erlassen. Er kann auf Antrag der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Bestimmungen im Absatz 1 erweitern.

Als Inhaber der im Absatz 1 bezeichneten Werkstätten und Wohnräumen gelten die im § 1, Absatz 1, Nr. 1 dieses Gesetzes bezeichneten Personen, Personen, die neben ihren Familienangehörigen bis 5 außerhalb ihrer Familien stehenden

Hilfskräfte beschäftigen, unterliegend den Bestimmungen der im Absatz 1 § 18 geregelten Arbeitszeit.

§ 19.

Die Durchführung der Bestimmungen des § 18, Absatz 1 obliegt den Ortspolizeibehörden, den Gewerbeaufsichtsbehörden und den Nachauschüssen.

Die Nachauschüsse können bei Bedarf aus sich heraus ein Kontrollorgan zur Durchführung der Bestimmungen des § 18, Absatz 1 bilden. Die Kosten hierfür tragen die Errichtungsbehörden der Nachauschüsse.

§ 20.

Gewerbetreibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte in Werkstätten oder Wohnungen gewerbliche Arbeit verrichten lassen, sind verpflichtet, neben den Lohnverzeichnissen nach § 3, Absatz 1 die Bestimmungen über Arbeitszeit für die Hausindustrie nach § 18, Absatz 1 den von ihnen außerhalb ihrer Arbeitsstätte beschäftigten Personen an übersichtlicher Stelle der Ausgabe und Annahmeräume des Gewerbetreibenden für Heimarbeit zur Kenntnisnahme zu bringen.

§ 21.

Gewerbetreibende oder deren Vertreter, die entgegen den Vorschriften des § 18 einzelne oder alle von ihnen oder von anderen Gewerbetreibenden beschäftigten Personen veranlassen, während der vorbereiteten Zeit gewerbliche Arbeit in ihren Werkstätten oder Wohnräumen zu verrichten oder gegen sonstige Bestimmungen verstoßen, die im Zusammenhang mit den Bestimmungen des § 18 stehen, werden mit Geldstrafe bis zu 300 RM bestraft.

Gewerbetreibende oder deren Vertreter, welche innerhalb 2 Jahren noch rechtswidriger Verurteilung wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 18, Absatz 1, oder gegen solche Bestimmungen, die mit diesem Paragraphen im Zusammenhang stehen, von neuem zuwiderhandeln, können neben der im Absatz 1 vorgesehenen Geldstrafe mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden.

Die im § 18, Absatz 3 bezeichneten Personen werden mit Geldstrafe bis zu 50 RM und im Untermaßensinne mit Haft bis zu einer Woche bestraft, wenn ein Verstoß gegen die Vorschriften des § 18, Absatz 1 oder gegen die Bestimmungen, die mit diesem Paragraphen im Zusammenhang stehen, vorliegt. Im Wiederholungsfall innerhalb zweier Jahre kann die Strafe verdoppelt werden.

Vorstehender Entwurf zur Arbeitszeitregelung in der Hausindustrie würde, falls in der vorgeschlagenen Fassung in et-

Die Internationale Organisation der Arbeit.

Gemäß Artikel 387 ff. des Friedensvertrages ist zur Durchführung des in der Einleitung zum Teil XIII dieses Vertrages angelegten sozialpolitischen Programms eine Internationale Organisation der Arbeit geschaffen worden.

Nicht nur das sozialpolitische Programm ist von einem internationalen Geist befeelt, auch die Organisation der Konferenzen und das Internationale Arbeitsamt weisen diese Züge auf. Der Friedensvertrag schreibt vor, daß die Nichtregierungsvertreter, d. h. also auch der Arbeitervertreter, das Recht der freien Stimmabgabe haben.

einen wirksamen sozialen Fortschritt stiften werden. Die internationalen Vorschläge bedürfen keiner Ratifizierung; sie dienen vielmehr der Orientierung der Landesgesetzgebung und deren Anpassung an internationale Grundsätze.

Die zehn internationalen Arbeitskonferenzen, die seit 1919 tagten, haben 28 internationale Übereinkommen angenommen, die folgende Fragen regeln: Arbeitslosigkeit, Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft, Nachtarbeit der Frauen, Mindestalter für die Zulassung zu gewerblicher Arbeit, Verbot der Nachtarbeit der Kinder, Verbot der Verwendung von weissem Phosphor in der Zündholzherstellung, Zulassungsalter zur Arbeit auf See, Entschädigung von Arbeitslosigkeit infolge Schiffsbruchs, Stellenvermittlung für Seeleute, Mindestalter für die Zulassung zu landwirtschaftlicher Arbeit, Koalitionsrecht der Landarbeiter, Unfallentschädigung in der Landwirtschaft, Verbot der Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe, wöchentliche Ruhezeit in gewerblichen Betrieben, Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit als Trimmer oder als Heizer, ärztlicher Untersuchungsanspruch bei in der Seefahrt beschäftigten Jugendlichen, Gleichbehandlung einheimischer und fremder Arbeiter bei der Entschädigung von Arbeitsunfällen, Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, Anwendung der für die Unfallentschädigung geltenden Grundsätze auf Berufsunfähigkeiten, die Auswandererimpfaktion, die Feuervertragsregeln der Seeleute, die Heimerschaft der Seeleute, die Krankenversicherung.

Dazu kommen noch zahlreiche internationale Vorschläge. Von diesen Übereinkommen liegen bis heute 251 Ratifikationen durch 33 Staaten vor. Das Internationale Arbeitsamt in Genf, das als das Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation zu betrachten ist, steht unter der Aufsicht eines Verwaltungsrates von 21 Mitgliedern, von denen 12 Regierungsvertreter und je 6 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sind.

Das Internationale Arbeitsamt hat als Aufgabe die Sammlung und Weiterleitung aller Unterlagen, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen. Es hat insbesondere die Fragen zu bearbeiten, die Gegenstand der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenzen sind.

Das Internationale Arbeitsamt kann auf eine mehr als achtjährige Tätigkeit zurückblicken, und es muß gesagt werden, daß seine Arbeiten die vollste Unterstützung der organisierten Arbeiterbewegung verdienen. Das Amt setzt sich energisch für den sozialen Fortschritt ein. Es leistet hierzu eine positive politische Arbeit. Darüber hinaus ist die Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeiten des Amtes nicht zu unterschätzen. Es gibt keine Stelle in der ganzen Welt, der alle Unterlagen über Sozialpolitik und die Lage der Arbeiter aus allen Ländern in so reichem Maße zufließen, wie dem Internationalen Arbeitsamt.

VIII. Erfolge und Möglichkeiten der internationalen Sozialpolitik. Wir haben im Laufe unserer Darstellung gesehen, wie ungeheuer schwierig es war, auf dem Gebiete der interna-

tionale Sozialpolitik Fortschritte zu erzielen und eine rechtliche Anerkennung der Forderungen der Arbeiterschaft international durchzusetzen. Erst lange, nachdem Owen und andere Führer der sozialen Reform die Notwendigkeit einer internationalen Sozialpolitik gefordert und begründet haben, war es möglich, zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere durch die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz einige Fortschritte zu erzielen. Wir haben gesehen, daß von dieser Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in den Jahren von 1860 bis 1914 zwei internationale Übereinkommen angenommen wurden, die insgesamt von dreizehn Staaten ratifiziert wurden.

Heute besteht fast ausnahmslos in diesen Ländern, ebenso wie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern, grundsätzlich der Achtstundentag. Die sozialpolitischen Maßnahmen hatten auf dem Gebiete der Volksgesundheit sichtbare Erfolge. Von 1881-1925 ist die Kindersterblichkeit in England, Deutschland und Frankreich um 45 Proz. gesunken und in der Schweiz und den Niederlanden um 67 Proz. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer ist in Frankreich um 22 Proz., in England und Italien um 27-28 Proz., in der Schweiz um 41 Proz. und in Deutschland um 48 Proz. gesunken.

Es soll hier nicht verkannt werden, daß unendlich vieles noch getan werden muß, daß wir erst am Beginn einer wirklichen internationalen Sozialpolitik stehen. Aber es ist wichtig, auf das Erreichte hinzuweisen, für eine Sicherung und für seinen Bestand zu sorgen und auf dieser Grundlage weiter zu bauen. Die internationale Arbeiterorganisation ist das Instrument, das den Arbeitern hilft, ihr Ziel zu erreichen. Sie wird das sein, was die Arbeiterschaft der Welt aus ihr zu machen versteht.

Die Not der Heimarbeiter — ihre Ursachen und Beseitigung.

Daß die in der deutschen Heimindustrie beschäftigten Personen nicht zu den bestentlohnten Arbeitnehmern zu zählen sind, darüber besteht in weiten Kreisen des deutschen Volkes kein Streit. Wenn ab und zu diese Tatsache von Leuten bürgerlicher Denkungsart bestritten oder gar in die Rehrseite umzuwenden versucht wird, so ändert das nichts an der oben festgestellten Tatsache.

Was sind nun die Ursachen der in der Glas-Heimindustrie und in der festgestellten sozialen Not und ihre Beseitigungsmöglichkeiten? Es soll zugegeben werden, daß die Kaufkraft Christi- und Neujahrsgeschenke in der Vorkriegszeit nicht auf Niveau der heutigen waren. Neue Zeit hat aber bei weitem bessere Verhältnisse geschaffen als die Gegenwart. Vor allem war die Not der langanhaltenden Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit abgemindert. Die Verhältnisse sind so, daß langanhaltende Arbeitslosigkeit, die jedes Jahr wiederkehrt, von einer als unheimlich zu bezeichnenden Heimarbeitslosigkeit abgelöst wird. Trotz dieser hohen Heimarbeitslosigkeit, die periodisch wiederkehrt, ist es den Heimarbeitern kaum möglich, das nötige Geld für sich und ihre Familien zu verdienen.

gebet und Preisunterbietung auf der Gegenseite. Durch sehr lange Erwerbslosigkeit, die von den Glas-Heimarbeitern im Laufe der Nachkriegszeitperiode jedes Jahr zu ertragen ist, werden dieselben müde und dem Auftraggeber gegenüber widerstandlos. Diese Widerstandlosigkeit muß von Seiten der Heimarbeiter mit sehr hoher Heimarbeitslosigkeit bezahlt werden. Die zu leistende Heimarbeitsleistung soll den Ausgleich für den Ausfall, der durch Lehndruck oder Preisunterbietung zustande gekommen ist, bringen. Die Auffassung: „Ja, da arbeite ich eben mit meiner Familie einige Stunden am Tage mehr, dann kommt der Lehndruck wieder heraus“, die sie und da zum Ausdruck kommt, ist leider nicht vereinzelte anzutreffen. Und wie falsch ist diese Auffassung? Wollten die Glas-Heimarbeiter in ihrer Gesamtheit doch endlich begreifen lernen, daß ein derartiges Gebahren weiter keine Folgen zeitigen kann, als erneut den Grundstein zu überlanger Erwerbslosigkeit für das kommende Jahr zu legen.

In welcher Form eine normale Arbeitszeit in der Heimindustrie als auch für die Glas-Heimindustrie eingeführt werden muß, darüber ist das Notwendige in den Nummern 5 und 6 anderer Verbandszeitung, „Keramischer Bund“, unter dem Titel „Nachtarbeitsverbot für die Heimindustrie“ gesagt. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung wird von jedem Heimarbeiter begrüßt werden; denn sie gibt in Anbetracht, daß der Heimarbeiter aus den Verhältnissen der Not durch sie herausgehoben wird. Der Heimarbeiter soll aber diese Arbeitszeitregelung nicht nur begrüßen, sondern er muß sich für sie einsetzen, muß für sie kämpfen. Dazu ist notwendig, daß auch der Letzte von ihnen erkennt, daß die Zeit des Abirrens vorbei ist. Im Ringen der Arbeiterklasse gegen die auf Seite der Arbeitgeber hegenden wirtschaftspolitischen Mächte darf es Drückbergerei einzelner nicht mehr geben. Auch die Glas-Heimarbeiter haben die Pflicht, sich in Reich und Glied zu stellen als Wegbereiter einer besseren wirtschaftlichen Existenz für sich und den gesamten Heimarbeitergruppen. Es ist ferner die Pflicht, die jeder Heimarbeiter zu erfüllen hat. Der Erfüllungsort ist im Verbandsrat der Heimarbeiter, Arbeiter-Keramischer Bund. Dort muß jeder Glas-Heimarbeiter Mitglied werden, weil diese Organisation die zukünftige wirtschaftliche Interessenvertretung der Glas-Heimarbeiter ist. Die Zeit des Hörens und der Unschlüssigkeit in den Reihen der Glas-Heimarbeiter muß vorbei sein. Jetzt heißt es handeln! D. St. Klein.

Glas für die Volksgesundheit.

Seit der bekanntgewordenen Entwicklungstheorie Darwins, Huxleys und anderer Kapazitäten auf diesem Gebiet wissen wir, daß alle Lebewesen seit Bestehen der Erde in den vielen Millionen Jahren je nach klimatischen Verhältnissen der Veränderungstheorie unterworfen waren, d. h. die Lebewesen suchten sich den eintretenden Veränderungen nicht nur anzupassen, sondern möglichst auch sich in ihnen weiter zu bilden, bis zur höchsten Vervollkommenung — dem Menschen. Mit dieser erreichten Stufe der Entwicklung konnte ein Halt nicht geboten sein, denn die Vererbungsgrundsätze und der Selbsterhaltungstrieb zwang die vorhandenen Lebewesen, im Kampf ums Dasein alle erreichbaren Hilfsmittel zu verwenden.

In der ganzen Entwicklungstheorie spielen, wie bereits gesagt, klimatische Veränderungen immer eine der Hauptrollen. Klimatische Veränderungen immer die Ergebnisse derselben unterliegen seit allen Zeiten den Einwirkungen des größten Körpers im Weltall — der Sonne. Sonne, Licht und Luft sind die Faktoren aller Entwicklung bislang gewesen und werden sie auch in verstärkter Weise auch in der Zukunft bleiben. Wenn deshalb mit den fortschreitenden Kulturbedingnissen der Lebewesen, vor allem der der Menschen, man darauf bedacht war und sein muß, Sonne und deren Einwirkungen den Organismen dienlich zu machen, so fordert dies der Selbsterhaltungstrieb und auch das Bedürfnis zur höchsten Vervollkommenung.

Was ist die Sonne? Was ist die Luft? Was ist die allgemeine Ansicht für eine im besonderen Sommererfahren bereitete Glasart, die nach Verarbeitung die höchste Durchlässigkeit der Sonnenstrahlen in sich biegt. Die Brechung der Sonnen-

strahlen liegt in dieser Glasart in einem höheren Gradwinkel als bei gewöhnlichem, bisher verwendetem Fensterglas.

Das in Deutschland unter verschiedenen Marken wie Ultra-violet, Santa Luz, usw. gefertigte Vita-Glas hat, trotzdem es erst im jüngeren Zeitpunkt hergestellt wird, den Nachweis-erbringen können, daß es den bislang verwandten ausländischen Vita-Gläsern weit überlegen ist, da erhöhte Durchlässigkeit der ultravioletten Strahlen laut wissenschaftlicher Untersuchungen festgestellt worden ist. Es dürfte ja allgemein bekannt sein, daß die für unser Auge unsichtbaren, ultravioletten Strahlen der Sonne die höchste Heilkraft in sich bergen. Keine Medizin, kein kräftigendes Mittel hat so große Erfolge in so kurzer Zeit bei Erkrankungen und Heilverfahren zu verzeichnen, als das Dienstbarmachen der ultravioletten Strahlen der Sonne durch die im neuen Schmelzverfahren hergestellte Glasart.

Aber nicht nur für die Menschen, sondern auch in der Botanik sind die Vorteile durch Verwenden von stark durchlässigem Glase von geradem erstaunlichem Vorteil für das Wachstum der Pflanzen und der Bildung der Vitamine. (Vitamin gleich Nährstoff.) Es liegt demnach näher, als daß allgemein bei Verwendung von stark durchlässigem Glase alle Beachtung geschenkt wird, die notwendig ist.

Vor allem müßten Behörden, Schulen, Krankenhäuser usw. darauf bringen, in Zukunft nur Gläser zu verwenden, die durch Nachprüfung den Nachweis erbringen, die Eigenschaft der größten Durchlässigkeit in sich zu tragen. Nach einiger Zeit werden durch das Verwenden dieser Gläser und der dadurch bedingten Zuführung der ultravioletten Strahlen sich bald die besten Erfolge in Kräftigung des Körpers und des Geistes zeigen. Folgende interessante statistische Angaben sprechen für erhöhte Verwendung des in Deutschland hergestellten Vita-Glases.

In England hat man in einer Schule zu Smethwid Vergleichsversuche gemacht, indem man eine Schulkasse mit gewöhnlichem Fensterglas und eine andere Schulkasse mit einem ultraviolet durchlässigen Glase, dem Vita-Glas, verplast hat, mit den folgenden Ergebnissen über Gewichtszunahme, Größenzunahme und Veränderung des Hämoglobingehalts:

Kontroll-Klasse			
	1. Juli 1925	31. März 1926	Zunahme
Ge. lcht	60,04 Pf. nd	62,87 Pfund	2,83 Pfund
Größe	51,78 Zoll	53,0 Zoll	1,22 Zoll
Hämoglobingehalt	76,78 %	84,11 %	7,33 %

Vitaglas-Klasse			
	1. Juli 1925	31. März 1926	Zunahme
Gewicht	67,90 Pfund	74,01 Pfund	6,11 Pfund
Größe	51,08 Zoll	55,92 Zoll	1,86 Zoll
Hämoglobingehalt	77,90 %	84,04 %	16,14 %

Bei dem stark hervortretenden Vorteil der neuen Glasart dürfte es heute schon als feststehend zu betrachten sein, daß das vorläufig im Fensterglas-Verfahren hergestellte durchlässige Vita-Glas auch in anderen Zweigen der Glasindustrie Eingang finden wird, um auch durch andere Artikel der Menschheit und dem Wohlbefinden derselben zu dienen. Neue Wege zeigen sich für die Glasindustrie. Nicht nur für Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeitnehmer. Sie gemeinsam zu beschreiten und auszubauen im Interesse der Menschheit ist sittliche Pflicht.

Der handarbeitenden Fensterglasindustrie wird es in erster Linie — in der sich vollziehenden Mechanisierung dieser Industrie — vorbehalten sein, sich möglichst der Herstellung von stark durchlässigen Gläsern zu widmen, um damit neuen Nährboden für die vorhandenen Produktionsstätten zu haben.

Amberg.

In der Generalversammlung am 15. Januar 1928 wurde der Kollege Josef Kirisch, Glaschleifermeister, Amberg, Bergsteig 47, zum Vertrauensmann gewählt. Alle Anfragen betreffend Arbeit für Glaschleifer und Glasmacher sind an genannte Adresse zu richten. Wir eruchen die Kollegen, dies streng zu beachten. Anfragen für Glasmacher sind zwecklos, da am Orte genügend Meisterglasmacher, sowie noch einige arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Entgegenhandelnde Kollegen haben bei Unterlassungen die Folgen selbst zu tragen.

Altheide.

Wir warnen vor Bezug nach Altheide-Bad und Arbeitsanbahn für Bleiglaschleifer, da bei der Firma Franz Wittwer Kurzarbeit eingetreten ist. Der Arbeitsnachweis liegt vor wie nach in den Händen des Kollegen Josef Hansel, Altheide-Bad, Mühlstr. 2.

Unbedingte Notwendigkeiten für die feinkeramische Industrie.

Die zu lösenden Aufgaben der Organisation, Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, Erfämpfung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechtes beim Produktionsprozeß zum Zwecke der richtigen Bewertung und Sicherung der Arbeitsleistung und der menschlichen Arbeitskraft, zur Wahrung der sozialen wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Mitglieder, bedingen die volle Inbegriffstellung aller Beschäftigten in geistiger wie materieller Beziehung.

Ohne Pfllichterfüllung und ohne bewusste Gemeinschaftsarbeit kein Fortwärtsschreiten, keine Hebung der Lebenslage und keine Berechtigung der Arbeiterklasse, im Staat und in der Gewerkschaft bestimmend mitzuwirken.

Die Verbundenheit in der Organisation mit Gleichgesinnten hebt den erkennenden Gewerkschafter bedeutend über den selbstgefälligen kurzfristigen Eingänger wie auch über die gleichgültigen und abseits stehenden Mitarbeiter hinaus.

Das Entstehen der Gewerkschaften, der Verbände auf wirtschaftlichem Gebiete, vor allem der freien Gewerkschaften Ende der 60. Jahre des vorigen Jahrhunderts und deren Erstarbung nach Fall des Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterkraft (das Sozialistengesetz 1890) ist nicht auf Zufall zurückzuführen, sondern war bedingt durch das Wachsen und die Ausbreitung des Kapitals in Handel, Finanzwesen und der Industrie; war eine Notwendigkeit zum Zwecke der Behauptung der Rechte der Arbeiterkraft gegenüber den Bestrebungen des Privatekapitals, die Arbeiterklasse bauernd abhängig und rechtlos zu erhalten.

Wenn nun schon in den Entwicklungsjahren des Privatekapitals, wo noch keine starken Arbeitgeberverbände, keine Preisindikatoren, Kartelle und Trusts im jetzigen Sinne bestanden, die Notwendigkeit sich zu organisieren bei der Arbeiterkraft vorlag, sich mit den Gleichgestellten im Erwerbsebenen zur gemeinsamen Abwehr zu verbinden, um wieviel mehr ist es dann zur Zeit, im Zeitalter der Organisation der Technisierung der Industrie, der Rationalisierung der Wirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Neben der Erstarbung des Privatekapitals kommen noch die Wirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit, die die Verhältnisse für die Arbeiterkraft härter und unerträglicher gestaltet haben, hinzu. Ungenügende Verdienstmöglichkeit, teilweise Kurzarbeit, wochen- und monatelange Erwerbslosigkeit haben die Lage der Arbeiterkraft seit Jahren ungünstig beeinflusst, eine Vettergestaltung der Verhältnisse ist nicht mit Unzulänglichkeiten, z. B. Betriebsorganisation usw. möglich. Nur die Zusammenfassung aller Beschäftigten in großen mächtvollen Industrieverbänden gibt Gewähr für die Hebung der Lage der Arbeiterkraft im allgemeinen, ist nur imstande, die eingangs erwähnten Programmpunkte für die Menschwertung der Arbeiterkraft durchzusetzen. Die Stärkung der freien Gewerkschaften ist daher unbedingte Notwendigkeit und muß von allen Erkennenden planmäßig zum Nutzen der Gesamtheit gefördert werden.

Die zurzeit in dem Vordergrund stehenden Fragen der Lohngestaltung und des sozialen Rechtes der Tarifverträge haben als Nachfragen ebenfalls die restlose Erfassung aller Beschäftigten in den Industrien zur Voraussetzung. Auch in der feinkeramischen Industrie steht nach erfolgter Auffündigung des Reichsmanteltarifvertrages die Arbeiterkraft wiederum vor der Notwendigkeit, das Erreichte zu verteidigen und entsprechend den Verhältnissen in dieser Industrie und der Wirtschaft auszubauen. Das ist eine große Aufgabe, zumal die Arbeiterkraft ihre Organisation das Programm der freien Gewerkschaften ebenfalls ablehnen und bekämpfen. Die Leitung auch des Arbeitgeberverbandes der feinkeramischen Industrie ist der Meinung, die Stärkung der Wirtschaft (im Wahrheit ist die Erhaltung und Vergrößerung der privaten Gewinnquote) durch Wiederherstellung des Arbeitslohnes, durch längere Arbeitszeit und Steigerung der Arbeitsleistung zu erreichen. Sie lehnt hartnäckig jedwede Lohnerhöhung, wie jedwede Herabsetzung der Verkaufspreise zur Stärkung der so benötigten Kaufkraft im Lande ab. Sie vertritt, kurz gefaßt, ohne Rücksicht auf die Lage der Beschäftigten, auf volkswirtschaftliche Auswirkungen, nur nackte Privatinteressen ihrer Mitglieder, jedoch angeblich im Interesse und zum Nutzen der feinkeramischen Industrie. Im ihrem maßgebenden Schrittmachern kennen auch dieses Mal einzelne einflussreiche Arbeitgeber, daß die Senkung der sozialen Lasten sowie die Verlängerung der Arbeitszeit erstrebt werden muß und jedwede Lohnerhöhung abzulehnen sei. Forderungen, die der organisierten Arbeiterkraft in der feinkeramischen Industrie nun schon jahrelang bekannt sind. Deren erneutes Herausstellen jedoch nur als eine Kampanie für die Arbeiterkraft zu deuten ist. Kurzfristigkeit, gepaart mit Rücksichtslosigkeit gegen die so stark benötigte Arbeiterkraft, scheint auch 1928 bei den Arbeitgebern der feinkeramischen Industrie die treibende Kraft zu sein. Die Folgewirkung dieser Kampanie muß die restlose Erfassung aller Beschäftigten in der Organisation sein.

Außerdem bedingen verschiedene Eigenarten der feinkeramischen Industrie den verlangten Zusammenschluß aller Arbeiterkräfte.

Die feinkeramische Industrie ist eine Fertigungsindustrie, in der die Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen nicht in dem Maße wie in anderen Industrien möglich ist. Vor allen Dingen in den Betrieben, wo an Stelle der Massenware Qualitätsware hergestellt wird. Das von der Mehrzahl der Betriebe verlangte Qualitätsprodukt verlangt sorgfältige, gefühlsmäßige, kurzum gewissenhaft menschliche Arbeitsverrichtung, die von Maschinen gegenwärtig und auch in absehbarer Zeit nicht vollbracht werden kann. Die Verwendung der Maschinen ist somit im Gegensatz zu anderen Industrien eng begrenzt. Bei Herstellung von Qualitätsware kommt in der Regel nur die Verarbeitung der Rohstoffe und deren Weiterleitung durch Maschinenkraft in Betracht. Unternehmer sind deshalb dazu übergegangen, an Stelle männlichen Arbeitskraft die billigere weibliche Arbeitskraft in den verschiedensten Abteilungen zu beschäftigen. In der feinkeramischen Industrie erhöhte sich die Zahl der weiblichen Beschäftigten wesentlich. Die Zahl der männlichen Arbeitskräfte blieb ziemlich auf dem gleichen Stand stehen. Daraus ergibt sich, daß der Bedarf an Arbeitskräften für die verschiedensten Abteilungen, auch solche mit ausgesprochener schwerer Arbeitsleistung, fast ausschließlich durch weibliche Kraft gedeckt werden ist. Ohne Rücksicht auf körperliche Beschaffenheit und Widerstandsfähigkeit geschieht die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in den Abteilungen, die entweder durch Staubentwicklung, Dampfwirkung oder schwere Arbeitsleistung die Gesundheit der weiblichen Arbeitskraft im höheren Maße als der männlichen Arbeitskraft gefährden. Die Gefährdung der weiblichen Arbeitskraft führt unausgesetzt zu Auseinandersetzungen in den Betrieben. Vornehmlich auch in bezug auf die Bezahlung und Verdienstmöglichkeiten.

Trotz erhöhter Gefährdung der Gesundheit, vornehmlich in den Produktionsabteilungen, verneinen die Unternehmer den Grundsatz, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist. Sie glauben vielmehr ein Anrecht auf besonders schlechte Lohnung der wertvollen weiblichen Arbeitskräfte machen zu können. Vornehmlich in den schlechtesten Betrieben, wo neben der niederen Grundlohn für die Berechnung des Akkordlohns noch ein besonderer Abzug bei den weiblichen Akkordbeschäftigten zur Verrechnung gelangt. Diese Verhältnisse schliessen eine Bewertung der Arbeitsleistung zurzeit aus. An der Hebung und Befestigung dieser auf die Lebenshaltung der weiblichen Arbeitskräfte ungemein ungünstig einwirkenden Verhältnisse müssen nun nicht nur ein Teil der Betroffenen, sondern alle weiblichen Beschäftigten und darüber hinaus sämtliche männlichen Arbeitskräfte mit Tatkraft und Energie, mit ihren ganzen Kräften mitarbeiten. Im einzelnen wie im Gesamten ist es abot und notwendig, im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite geschlossen für die Bewertung der menschlichen Arbeitsleistung, für die Schonung der menschlichen Arbeitskraft, für die Schaffung sanitärer Einrichtungen zum Zwecke der Gesundheitserhaltung und Vermeidung von Erkrankungen, vor allem bei immer noch sehr stark verbreiteter Erkranfung der Atmungsorgane, für strikte Einhaltung des 8-Stundentages, für Lohnausgleich und Gleichberechtigung im Wirtschaftskreis einzutreten.

Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie erkennen diese Notwendigkeit und organisiert Euch zum Schwereffos im Keramischen Bund, Abtg. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands! W. Gr.

Meißen.

Am 27. Januar 1928 fand in der Staatlichen Porzellanmanufaktur die Wahl eines Arbeitervertreters für den Vertrauensmann statt. Dieser ist zu vergleichen mit dem Ausschussrat einer Aktiengesellschaft und sehr reich auf Grund des tatsächlichen Staatwirtschaftsrechtes aus 3 Landtagsabgeordneten, 2 von der Arbeiter- und 1 von der Arbeitgeberseite ernannt. Sachverständigen, 1 Arbeiter- und 1 Arbeitgeber- und Beamtensprecher zusammen. Den Vorsitz führt ein Regierungsvorsteher aus dem Finanzministerium.

Die Wahl, die naturgemäß für die Belegschaft des Werkes eine große Bedeutung hat, war erstmalig eine direkte. Bisher wählte der Arbeiter- resp. Angestelltenrat den Vertreter, aber im Gegensatz zu den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften nicht Mitglied der Betriebsvertretung sein durfte.

Wissenschaftliches Rüstzeug.

Bearbeitet und zusammengefaßt von M. Abramowitsch, Fejimosf.

(Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

Funktion wird jede (ob körperliche, ob geistige, ob von den Menschen, ob von der Maschine ausgeführte) Tätigkeit genannt, die, infolge ihrer besonderen Beschaffenheit, von den anderen Tätigkeiten getrennt dasteht und getrennt von den übrigen sich abwickelt. Kurz: eigenartige Sonder-tätigkeit.

Gesellschaftsklasse ist jeder Teil einer differenzierten (in verschiedene Teilgebiete gegliederten) Gesellschaft, der aus Träger einer bestimmten, durch die Grundart ihrer Zusammenfassung (Struktur) von den übrigen sich unterscheidenden sozialen Funktion austritt. So z. B. ist die hörige, den Ritterschere zugehörige Bauernschaft des Mittelalters als besondere Gesellschaftsklasse deshalb zu bezeichnen, weil sie verrichtende, nur ausführende Funktion (sow. entsprechend in Gehorsam zu leitende Zusammenarbeit) der organisatorischen Funktion der gntschenden Ritter (Organisation des gesamten Hofes der friedlichen Vandalen, Verwaltung der Land- und Bewässerungsarbeiten usw.) nicht nur gegenübersteht, sondern sich von jener auch in der Art ihres inneren Aufbaus unterscheidet; ebenso wie sich auch die Funktion auch von den Leistungen des industriellen Bauern abhebt in ihrer Struktur unterscheidet. Der Sonderart der gesellschaftlichen Funktion entspricht eine entsprechende Sonderbeschaffenheit ihres Prozeßes — der Art, der Sonderbeschaffenheit der Klasse entspricht die Sonderart der Interessen dieser. Das Klassen-Interesse und die Interessen-Gegenüber der verschiedenen Klassen sind somit die Folge der Klassenbeschaffenheit und nicht wie es irrtümlich häufig gemeint wird, Befehlsverhältnis derselben. Ebensoviele, wie das Aussehen auf der einen oder das Ausgehörigwerden auf der anderen Seite, die besondere Beschaffenheit der Klasse erfordern zu kennzeichnen vermögen. Die Klassenstruktur im Mittelalter, die Zentralherren des Mittelalters und das moderne kapitalistische Unternehmertum sind alle Arbeiter-Klassen, und doch sind sie verschiedene Klassen, wie auch die Klassen Mittelalter, die hörigen Bauern (Ritterschere) und die Industrieproletarier (Gegenwärtig) zwar eine sind, jedoch verschiedene Klassen sind. Das wesentliche Merkmal einer Klasse ist also in bezug auf Gegenwart gegeben, durch welche sich diese nicht nur von der Vergangenheit ihrer Zeit, sondern auch von den

ihre gleichgestellten Gesellschaftsklassen aller anderen Zeiten unterscheidet: in der Sonderart ihrer Funktion.

Nur dort, wo die wirkenden Personen ihre gesellschaftliche Sonderfunktion ausüben, bzw. wo ihr sonstiges Tun und Lassen im Zeichen ihrer Sonderfunktion steht oder der Förderung ihrer besonderen Weisheit dient — nur dort sind sie Gesellschaftsklasse; in allen übrigen Fällen nur Menschenmasse.

Proletariat ist jene Klasse von Lohn- und Gehaltsempfängern in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, deren gesellschaftswirtschaftliche Funktion entweder bei der Maschine liegt (Fabrik) oder aber im Zeichen des Maschinenbetriebes steht bzw. nach dem gleichen Grundgesetz aufgebaut ist. (Das vielgliedrige, zu einem einheitlichen Ganzen innerlich zusammengefaßte „Widerwerk“ eines modernen Warenhauses oder einer Bank, wo jede, selbst die kleinste Einzelsfunktion im bestimmten Bindungsverhältnis zum Ganzen steht, ist letzten Endes nach dem gleichen technischen Grundprinzip aufgebaut. Wie auch die Konstruktoren der modernen hochentwickeltesten Maschine.) Das kennzeichnende Sondermerkmal dieser Klasse ist volks- und weltwirtschaftlichen Rahmen betrachtet, entpricht der Sonderbeschaffenheit ihrer gesellschaftlichen Funktion, die hier wieder mit dem erzwungen-technischen Prinzip der Maschine übereinstimmt. Dieses Prinzip lautet: Höhere Einheit der verschiedenen, zu einem Gesamtgefüge organisierten Einzelsfunktionen; oder kürzer: Organisierte Einheit in Vielgestaltigkeit; oder Totalorganisation (zum Unterschiede von einer Organisiertheit, die nur einzelne Teile der Ganzen unterstellt).

Bourgeoisie (Bürgertum, Unternehmertum) ist diejenige Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft, welche kraft ihres Privateigentums an Produktionsmitteln und Wertzeugen (Kapital) die organisatorische Leitungsfunktion innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ausübt. Das hierzu gehörende Kapital erhält und vergrößert sich mittels des durch menschliche Arbeit geschaffenen Mehrwertes, den sich das Unternehmertum aneignet und zur weiteren Anhäufung (akkumulation) des Kapitals verwendet. Im Gegensatz zu der inneren Einheitlichkeit des proletarischen Klassenwesens, bildet die Vielgestaltigkeit das kennzeichnende Merkmal der kapitalistischen wirtschaftlichen Funktion und somit der Kapitalistenklasse selbst. Dieses Merkmal ist: Die Organisiertheit der einzelnen Bestandteile jedes kapitalistische Unternehmertums stellt eine innerlich geordnete, organisierte Einheit dar bei gleichzeitiger Unorganisiertheit des Ganzen (die kapitalistische Weltwirtschaft als Ganzes ist und bleibt trotz aller Verstrickung und Selbstabwärtung unorganisiert).

Der Verband.

Wer kann die Organisationen zählen, die da in den letzten Jahrzehnten gegründet worden sind. Die sicherlichsten und merkwürdigsten Gebilde sind entstanden, und nicht gerade erbautlich muß es sein, solch einem Vereinchen anzugehören.

Es ist der ganze Versuchungsprozeß unserer Zeit, der auch im organisatorischen Leben zum Ausdruck kommt. Es ist aber vielleicht auch die Reaktion gegen den Jahrhunderte hindurch waltenden Individualismus, der da heute mit den Tausenden von Vereinen und Klubs ins andere Extrem gerät. Jedenfalls gibt unserer Zeit das organisatorische Leben die Signatur, und es ist im Interesse des großen Mannes, organisatorischen Gedankens, daß sich jeder, den es angeht, einmal bekennt und sich organisatorisch konzentriert.

Zum Verbandsgehört eine Aufgabe, eine innigere Verbindung. Eine Größe des Ziels ist nötig. Eine Würde der Mitgliedschaft muß sein. Der Verband muß ein Stück der Welt bedeuten. Er muß den einzelnen verbinden mit dem großen, er muß den Einzelnen erziehen. Im Verbands muß ein starker sozialer Wille sprechen, der mahnt und warnt und im Sinne des Lebens der Zeit zwingt. Er muß der Ausdruck sein des großen Erwachens. Er muß in sich tragen den warmen Herzschlag der Zeit und den Schein des neuen Morgenrot bedeuten.

Die Kraft in Vereinen und Klubs vergeteln, heißt sie verlieren. Da wo die Masse schreitet, da schreitet die Zeit. Da schreiten wir mit. Da wachen wir über die Zahl hinaus zur Mitgliedschaft, zu einem lebendigen Glied in den festesten Schritten eines neuen sozialen Jahrhunderts.

Außer dem Druck eines großen Arbeitsochtheeres heftigten das Leben der Gewerkschaften mannigfache soziale wirtschaftliche und innergewerkschaftliche Probleme. Die steigende Bedeutung und der größere Einfluß der Gewerkschaften ist auf allen Gebieten augenfällig. Allein im verfloßenen Jahre ist die innere Festigkeit, die innere Geschlossenheit der Gewerkschaften sehr gewachsen. Der Mitgliederbestand hat zugenommen, und die Vermögensbestände der einzelnen Gewerkschaften sind zum Teil erheblich gestiegen. Die Konzentration der Gewerkschaften macht weitere Fortschritte. Es gelang ihnen, trotz des ungeheuren Druckes auf dem Arbeitsmarkte, eine allgemeine Lohnsenkung zu verhindern. In der Arbeitszeitfrage konnten sie trotz der Krise erheblichen Boden zurückgewinnen. Syndikat Dr. Sedl in der „Industrie-Zeitung“.

Die Arbeiterbeiräte der Vergangenheit waren immer freiergewerkschaftlicher. Dies wäre auch für die kommende Periode der Fall gewesen, wenn wie früher der Arbeiterrat als Wahlkörper hätte tätig werden können.

An ihrer nicht zu überbietenden Naivität glaubten aber die christlichen Größen Meißens, daß durch eine direkte Wahl der freien Gewerkschaft zur Stände gebracht werden könnte. Unter dem Deckmantel der Demokratie erbaut der „große Großer“ von der christlichen Vereinigung der Meißner Manufakturisten vom Finanzministerium eine Auslegung der Wahlordnung. Sie erfolgte im gewünschten Sinne.

Damit war die Bahn für einen fruchtbarsten Wahlkampf frei. Dieser wurde denn auch von uns in froher Zuversicht auf das zu erwartende Ergebnis in sachlicher Weise geführt. Anders verhielt sich die Gegenseite. Der „große Großer“ als christlicher Kandidat machte offenbar den Kampf um den Meißner Stuhl ganz allein führen. Für die Art, wie er dies tat, sind wir ihm dankbar. Alle in der von uns einberufenen Delegiertenversammlung Anwesenden, auch die der christlichen Vereinigung angehörigen, waren empört über die Fülle von Demagogie, die dieser gelehrige Nachkriegsschüler der christlichen Schule aufbrachte, um zu versuchen, Männer mit Charakter von ihren Vertretern zu trennen und ihm Gelegenheit zu geben, sich in seinem egoistischen Treiben auch außerhalb des Werkes betätigen zu können. Aber wir bedauern aufrichtig, daß nicht die Angehörigen dieser christlichen Vereinigung Gelegenheit hatten, ihren „Führer“ demaskiert zu sehen, wahrscheinlich wäre dann dieser Held „einstimmig“ gewählt worden.

Die Wahlbeteiligung betrug 90 Proz.; sie läßt zweifellos das starke Interesse der Belegschaft an diesem staatlichen Werke erkennen. Dieser erfreulichen Wahlbeteiligung entspricht unser Erfolg. Mit 215 Stimmen Mehrheit wurde der Freigewerkschaftler gewählt. Rein gewerkschaftlich wurde dieser Wahlkampf von uns geführt, gewerkschaftlich muß der Sieg gewertet werden. Man gilt es, den Kampf weiter zu führen, bis auch in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen eine gewerkschaftliche Einheitsfront aller Beschäftigten verzeichnet werden darf. Diese notwendige Einheitsfront kann aber nur gebildet werden im Keramischen Bund.

Köln.

Die andauernde Verteuerung aller Lebensmittel und Warenartikel veranlaßte die Arbeiterschaft der Kölnner Munitionsfabrikanten, die Gewerkschaften zu beauftragen, bis zum Abschluß des geltenden Lohnvertrages am 1. Mai, eine Lohnerhöhung zu beantragen. Im November v. J. waren bereits Verhandlungen darüber. In einem Schreiben vom 27. Januar d. J. haben die Gewerkschaften den Arbeitgebern mitgeteilt, die damals vertagten Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Vertreter der Arbeitgeber haben zwar damals die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse anerkannt, jedoch die Forderungen auf die abgeschlossenen Lieferungsverträge eine Lohnerhöhung für untragbar abgelehnt. Im Zusammenhang damit waren die Herren bereit, eine Abänderung dahingehend einzutreten zu lassen, daß über die stattfindende Lohnregelung bereits Anfang des Jahres 1928 verhandelt werden kann. Die Zeit dürfte wohl jetzt die geeignete sein, um in der Lohnfrage eine Aenderung herbeizuführen. Die vorläufigen Gründe im November v. J. für die damals abgelehnte Lohnerhöhung, dürften jetzt in Weisfall kommen, und die Voraussetzungen für eine Lohnerhöhung nunmehr gegeben sein.

Für die Sacharbeiter in den Betrieben, an die sehr hohe Anforderungen gestellt werden, ist der Stundenlohn von 1,00 auf 1,02 RM entschieden zu gering. Es ist Anstandslos, die nur durch jahrelange Übung und durch die Intelligenz jedes Einzelnen verrichtet werden kann. Auch die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sind nicht in der Lage, mit den erzielten Verdiensten ihre Existenz zu fristen.

Bei der Firma Schmidt & Hedner wird teilweise im Auftragsarbeiten, während bei der Firma Löbberg in K.-Schrenk nur im Stundenlohn gearbeitet wird. Die Firma Schmidt & Hedner berief sich bei den letzten Verhandlungen auf die hohen Akkordverdienste ihrer Arbeiter. Die Verdienste liegen zwischen 50-60 RM im Durchschnitt. Es gibt auch Ganztagsarbeiter, die erheblich unter diesen Sätzen für die Arbeiter liegen. Vergleicht man aber die Leistungen auf der einen Seite und die erzielten Verdienste auf der anderen Seite, so ist gegenüber den Verdiensten in der Vorkriegszeit die Arbeiterschaft erheblich schlechter gestellt. Es wird große Mühe kosten, die Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Hoffentlich hat die Arbeiterschaft die Pflicht, sich geschlossen hinter die Gewerkschaften zu stellen. Über den Ausgang der Bewegung werden wir berichten.

Porzellanfabrik Ph. Rosenthal A.-G.

Die Porzellanindustriellen lassen vielfach Klagen an die Öffentlichkeit dringen über die ungenügende Rentabilität, die durch hohen Soziallasten und die geringen Arbeitslöhne. Die eigentlichen Ursachen der bestehenden Schwierigkeiten, die neben dem zurückbleibenden Absatz bestehen, scheinen sie nicht zu kennen. Wie stark z. B. die Firma Rosenthal mit Angestellten belastet ist, zeigt folgendes Zahlenbild. Bei 1849 Arbeitern und Arbeiterinnen im Betrieb selbst sind mehrere Direktoren, 314 Beamtliche, 24 weibliche und 16 jugendliche Angestellte vorhanden, ohne die noch reichlich vorhandene Vorarbeiter. Das bedeutet, daß auf 5 Arbeiter bzw. Arbeiterinnen 1 Angestellter kommt. Rechnet man dazu noch die Direktoren und Vorarbeiter, werden es wohl nur 4 Arbeiter sein. Das ist doch kein sehr gutes Verhältnis. Das ist doch Überorganisation. Ein Betrieb mit soviel Angestellten — damit soll nichts gegen diese Arbeit gesagt sein — muß doch überlastet sein. Aber anscheinend werden bei Rosenthal beratende Ausgaben keine Rolle. Es bleibt für die Aktionäre noch genug übrig. Wenn ein ähnliches Verhältnis in den anderen Fabriken der Porzellanindustrie bestände, würden manche Betriebe nicht so bestehen können. Professor Dr. Wilhelm Vershofen hat berechnet, daß der Lohn- und Gehaltsanteil 45 Proz. des Produktionspreises in der Porzellanindustrie ausmacht. Wenn er sich das Rosenthal-Unternehmen im Auge nahm, kann schließlich dieser Prozentsatz stimmen, da ja auch zum Teil Direktorengehälter, Gehälter für Vertretungsbedienstete mit in dem Lohnanteil enthalten sind. Im übrigen sind ja die Unternehmer erfahren, da scheint schließlich die Rosenthalleitung herausgefunden zu haben, daß sich viel mehr Geld verdienen läßt, wenn man die Löhne herabsetzt, als wenn man die Löhne erhöht. Es ist doch ein sehr merkwürdiges Verhältnis, das sich hier zeigt.

Freiburg. (Schau. Jürg-Lippe).

Die Firma „Fürst, Adolf, Wermlingen für Kunstkeramik“ in Dieburg sucht in einschlägigen Fachzeitschriften Porzellanhersteller, Kollegen, die beschließen, nach dort zu arbeiten. Können Auskunft über die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse von der Bezirksstellenleitung Minden i. Westf., Lindenstraße 1, erhalten.

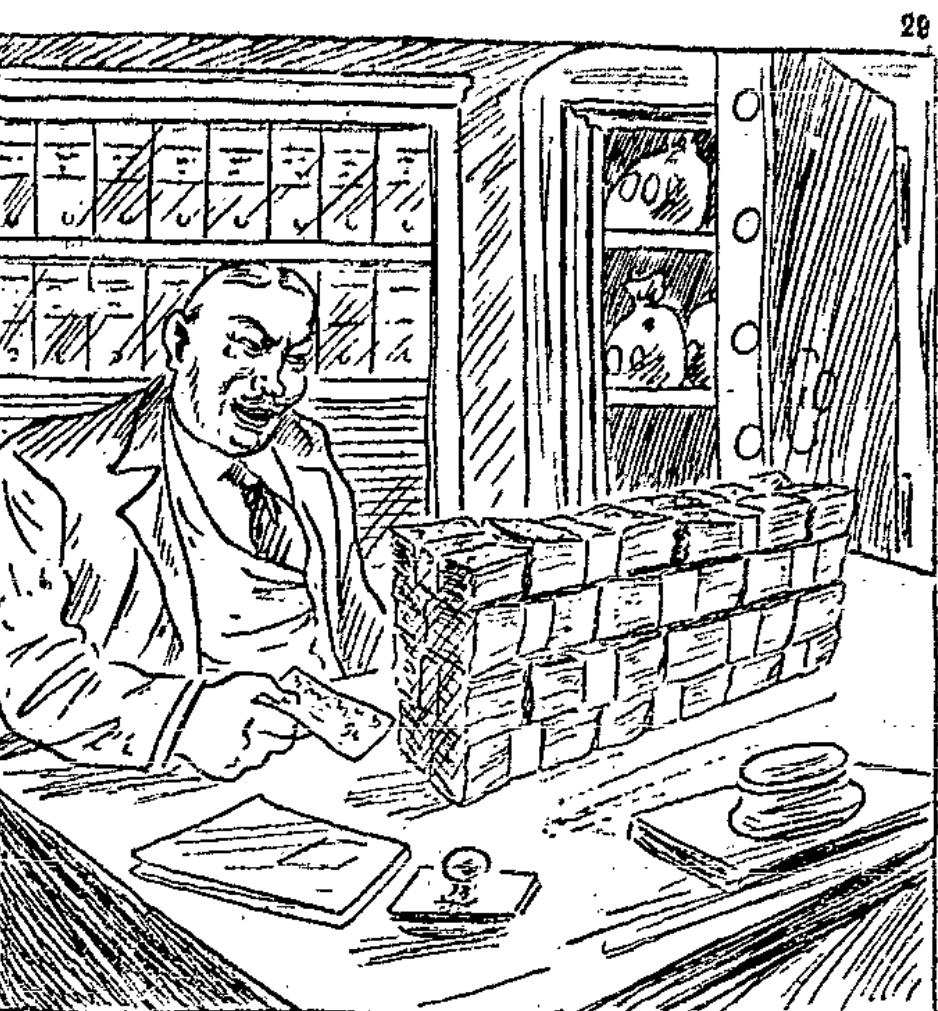
Freiburg.

Die Frauenteufel Porzellanfabrik Akt.-Ges., die vor wenigen Monaten neu gegründet worden ist, soll sich, wie in den Tagen vorher, mit der Ablichtung tragen, die Fabrikanlagen weiter zu verkaufen. Bisher hatte man mit dieser Bestimmung angeschlossen, daß in diesem Frühjahr die Übernahme des Betriebes in beschränktem Umfang erfolgen sollte. Das scheint nun nicht bestimmt zuzutreffen. Der Betrieb ruht jetzt etwa zwei Jahre.



Jahrzehnte geschuftet. Hunger gelitten. Gewerkschaft gelästert. Nicht mitgestritten. Die Arbeit verlor ich. Die Sorge zog ein. Die Frau drückt der Kummer, mich Schrecken und Pein.

Soll's ewig so bleiben? Nein, Kollegenschaft! Wir müssen uns einen, uns schützen mit Kraft! Ich muß es schwer büßen und gebe euch kund: Ich schließ' mich nun an dem Keramischen Bund!



Fabrikant hat's besser. Leidet nicht Qualen. Mein Schuf'en bracht' Profit in großen Zahlen. Den Vorteil hat er nun. Er sitzt oben auf. Bei ihm häuft sich Reichtum. Das ist Zeiten Lauf.

Zieglerkonferenz für Pommern.

Am 22. Januar d. J. tagte in Stettin eine Konferenz der Zieglerarbeiter und -arbeiterinnen für die Provinz Pommern mit folgender Tagesordnung:

1. Unsere zukünftige Tarifpolitik.
2. Stellungnahme zum Mantel- und Lohnvertrag.
3. Unsere Frühjahrssagitation.
4. Verschiedenes.

Beteiligt waren: der „Keramische Bund“ durch Kollegen Meißner von der Zentralbranchenleitung, Kollege Karow von der Gauleitung, sowie 26 Delegierte aus allen Gebieten Pommerns.

Zum 1. Punkt referierte Kollege Meißner und führte etwa folgendes aus:

„Unser wieder fänden sich Stimmen, die behaupten, die Organisation habe nichts getan. Wie ist es in Wirklichkeit? Die Organisationsverhältnisse der Ziegelindustrie waren in der Vorkriegszeit außerordentlich schlecht. Verschiedene Organisationen haben sich vor 1906 um die Organisation der Ziegler bemüht. Im Jahre 1906 beschloßen diese, daß nur der Verband der Fabrikarbeiter die allein zureichende Organisation für die Ziegler sei. Diese Meinung wurde auch von den Vertretern der Bauarbeiter und Töpfer geteilt. Heute bemühen sich schon wieder andere freie Organisationen um die Ziegler. Wir werden aber jeden Angriff auf unser Organisationsgebiet zurückweisen und alles daran setzen, um einen lückenlosen Ausbau der Organisation der Ziegler herbeizuführen.“

Wir wissen nun einmal heute fragen, ob die Ziegler recht getan haben, indem sie sich dem Fabrikarbeitsverband angeschlossen. Bis 1913 war die Mehrzahl der Ziegler überhaupt nicht organisiert, was aus einer Statistik vom Jahre 1913 hervorgeht. Nach dieser Statistik waren 7833 Ziegler bei uns, 1224 bei anderen Organisationen und 2436 nicht organisiert. Trotz dieser geringen Zahl von Organisierten war es unserer Organisation gelungen, in der Ziegelindustrie 71 Lohnverträge abzuschließen. Zum größten Teil haben diese Tarife auch die Regelung der Arbeitszeit vor. Während sonst im allgemeinen 12-14 Stunden gearbeitet wurde, war in der Mehrzahl der Tarife die normale Arbeitszeit auf 10 Stunden festgelegt. Im allgemeinen waren meist nur die Akkordlöhne geregelt, und in wenigen auch der Stundenlohn festgelegt. In verschiedenen Tarifen war ein Bonus enthalten, das Wahregelungen wegen Beteiligung am Streik oder der Lohnbewegung und wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht stattdessen dürfen.

Unsere Kollegen kannten ihre Pappenheimer damals schon. Zugleich ist es auch ein Zeichen, daß die meisten Tarife durch Kampf errungen werden mußten. Einzelne Lohnverträge haben auch die Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Interessenvertretung der Belegschaft vor. Von den 71 Lohnverträgen hatte Gau 4 mit die meisten, und zwar 25. Nur Eadsen stand mit 29 höher. Die Stundenlöhne waren noch äußerst niedrig und schwankten zwischen 27½-52 Pf. Die Bremner erhielten zwischen 16-30 RM pro Woche bei 12stündiger Arbeitszeit. Nur in einem Vertrage war der Brennerlohn auf 40 RM pro Woche festgelegt.

Die in den Lohnverträgen festgesetzten Löhne waren nicht die niedrigsten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den nicht durch Tarife erhaltenen Betrieben waren noch viel schlechter. Unternehmungsverhältnisse und sonstige Arbeitsbedingungen waren im allgemeinen äußerst schlecht. Urlaub hat es vor dem Kriege für die Ziegler nicht gegeben.

Nach dem Kriege ist von unserer Organisation angestrebt worden, einen einheitlichen Reichstarif zur Regelung der Arbeitsbedingungen, wie Arbeitszeit, Urlaub usw., für die gesamten Industrien der Steine und Erden zu schaffen. Das ist nicht gelungen, weil der Widerstand der Arbeitgeber das verhindert hat. Der damals geschlossene Reichstarifvertrag für die Industrien der Steine und Erden ist nur von dem geringeren Teil der Unternehmer anerkannt worden. Seit 1923 besteht er nicht mehr. Grundsätzlich waren es auch die Arbeitgeber der Ziegelindustrie, die sich mit allen Mitteln gegen eine einheitliche Regelung sträubten. Nur für die Betonwaren- und Kunststeinindustrie besteht auch heute noch ein Reichstarif für ganz Deutschland.

Die heutige Stellung der Zieglerindustrie zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird am besten durch den Anspruch des Zieglerfachmanns Schürhoff gekennzeichnet, der einmal sagte: „Wir wollen wieder Ziegler werden und arbeiten, solange die Sonne scheint.“

Es ist uns traurig gelungen, die überwiegende Zahl der Betriebe unter tarifliche Verhältnisse zu bringen. Im Jahre 1927 bestanden für die Ziegelindustrie circa 140 Lohn- und 70 Mantelverträge. Die meisten waren Verträge. Aber in den abschließenden Bezirksverträgen ist der größte Teil der Industrie erfasst.

Nach Beendigung der Inflation war die Kraft der Organisation geschwächt. Das haben die Unternehmer ausgenutzt, indem sie die Arbeitszeit verlängerten und Löhne zahlten, die zum Teil unter den Vorkriegslöhnen lagen. Sobald aber unsere Organisation sich wieder etwas finanziell erholt hatte, ist der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit aller Macht wieder aufgenommen worden. Das geht am besten aus den Zahlen der Ziegelindustrie im Jahre 1925 bis 1927 hervor. Für Streik wurden 1925 2329 301,11 RM ausgegeben. Im Jahre 1926 erfolgten zum Teil wieder Lohnherabsetzungen, hauptsächlich dort, wo die Organisation schwach war. Schuld war die Wirtschaftslage mit. Noch im Juni 1926 lag die Hälfte der Betriebe still. Dort, wo die Organisation einigermaßen auf der Höhe war, konnten die Löhne gehalten werden. Im Jahre 1927 haben wir wieder ganz gute Fortschritte in der Lohnfrage gemacht. Mit dem Erreichten können wir uns zwar nicht zufrieden erklären, aber es freut diejenigen Ziegler, die da immer sagen, es sei von der Organisation nichts getan oder wenig erreicht worden. Heute hat auch der über-große Teil der Ziegler Anspruch auf Urlaub. Auch sonst sind Verbesserungen durch die Organisation erreicht, an die früher niemand gedacht hat.

Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit aller Macht wieder aufgenommen worden. Das geht am besten aus den Zahlen der Ziegelindustrie im Jahre 1925 bis 1927 hervor. Für Streik wurden 1925 2329 301,11 RM ausgegeben. Im Jahre 1926 erfolgten zum Teil wieder Lohnherabsetzungen, hauptsächlich dort, wo die Organisation schwach war. Schuld war die Wirtschaftslage mit. Noch im Juni 1926 lag die Hälfte der Betriebe still. Dort, wo die Organisation einigermaßen auf der Höhe war, konnten die Löhne gehalten werden. Im Jahre 1927 haben wir wieder ganz gute Fortschritte in der Lohnfrage gemacht. Mit dem Erreichten können wir uns zwar nicht zufrieden erklären, aber es freut diejenigen Ziegler, die da immer sagen, es sei von der Organisation nichts getan oder wenig erreicht worden. Heute hat auch der über-große Teil der Ziegler Anspruch auf Urlaub. Auch sonst sind Verbesserungen durch die Organisation erreicht, an die früher niemand gedacht hat.

Unser Bestreben muß sein, die Organisation gut auszubauen und im Tarifwesen mehr Einheitslichkeit zu erreichen. Die Arbeitgeber schließen sich immer fester zusammen. Im Jahre 1927 ist ein Reichsverband für die Ziegelindustrie gegründet worden, der sich auch mit sozialpolitischen Forderungen und Fragen beschäftigt. Auch in der Entlohnungsfrage will der Reichsverband Einheitslichkeit erreichen, und zwar in der Vorkriegsfrage. In seinem Programm steht: einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen in der Ziegelindustrie. Wahrscheinlich nicht zugunsten der Arbeitnehmer.

Damit wir unser Ziel, eine größere Einheitslichkeit im Tarifwesen, erreichen, muß die Organisation gut ausgebaut werden. Geht das, dann werden wir auch mehr Einfluß auf die heute vielfach angefeindeten Schlichtungsinstanzen erhalten. Mit einer Aufforderung zur regen Mitarbeit, auch in Bezug auf Verdrückung, beendete Kollege Meißner seine interessanten Ausführungen, die beifällig aufgenommen wurden.

Die Ansprache bewegte sich im sachlichen Rahmen und wurde allseitig anerkannt, daß nur ein besseres Zusammenarbeiten wie bisher, zu dem geistigen Ziele führen könne.

Zum Punkt 2 referierte der Kollege Karow. Er führte aus, daß zwei Entwürfe vorliegen, die den Kollegen zur Beschlusfassung unterbreitet werden. Der Verband pommerischer Ziegel- und Hartsteinwerke hat sich bisher nur mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Es wird aber versucht werden, auch die Löhne und Arbeitsbedingungen mit dieser Organisation zu regeln. Bisher hatten wir in Pommern 12 Mantelverträge. Im Interesse beider Teile liegt es, einen einheitlichen Tarifvertrag zur Durchführung zu bringen. Redner schildert dann die Schwierigkeiten mit den Zieglerarbeitern in den einzelnen Orten. Den Arbeitern menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewähren, sehen sie den größten Widerstand entgegen. Abgeschlossene Verträge wurden nicht eingehalten und mußten auf dem Wege der Klagenführung zur Durchführung gebracht werden. Die Löhne im Bezirk Pommern schwankten zwischen 35 und 68 Pf. pro Stunde.

Fertliche Streiks wurden mit Erfolg geführt und Lohn-erhöhungen bis zu 10 Pf. pro Stunde erzielt.

Die Ziegler Pommerns wollen ihren Kollegen in den anderen Bezirken nicht nachsehen. Was dort schon jahrelang besteht, muß auch hier möglich sein. Sie wissen, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen können. Ihre Lösung heißt: Mühen für die kommenden Aufgaben.

Eine vom Kollegen Gerlach-Ottmann eingebrachte Resolution, die sich gegen das Schlichtungswesen richtete, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

„Die am 22. Januar 1928 in Stettin tagende Zieglerkonferenz, auf der alle Orte mit nennenswerter Ziegelindustrie vertreten sind, beschließt, die Arbeitsbedingungen für den Bezirk Pommern einheitlich zu gestalten. In diesem Zweck soll mit dem Verband pommerischer Ziegel- und Hartsteinwerke in Verhandlungen zwecks Abschluß eines Mantelvertrages eingetreten werden. Lebt der genannte Verband Verhandlungen ab, so haben alle Orte mit Ziegelindustrie die aufgestellten Richtlinien zu beachten. Die Gauleitung ist zu benachrichtigen.“

Einstimmig herrschte, dem Arbeitgeberverband einen Manteltarifvertrag für ganz Pommern zu unterbreiten und die Durchführung anzustreben. In die Tarifkommission wurden die Kollegen Tade-waldt, Kolberg, Vietor, Uderauende und Persow, Stettin, gewählt.

Zum 3. Punkt referierte der Kollege Karow, welcher die anwesenden Delegierten aufforderte, am Ausbau unserer Organisation regen mitzuarbeiten. Seine Ausführungen wurden von allen Anwesenden unterstützt.

Nachdem im 4. Punkt die verschiedenen Anfragen geklärt waren, erfolgte Schluß der von gutem Geiste belebten Konferenz mit einem Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter um 16½ Uhr.

Wenn die Kollegen und Kolleginnen der Ziegelindustrie in der Provinz Pommern den Geist der Konferenz übernehmen, werden wir unsere Bestrebungen, wie überall, zur Durchführung bringen können. Persow, Schriftführer.

Aus dem Verbandsleben.

Höhr-Grenzhausen (Bezirkszahlstellentag).

Am 22. Januar trafen sich die geladenen Delegierten einschließlich der Vorstandsmitglieder der Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen zu einer Bezirkszahlstellentag in Birges. Zu erledigen waren: Vorstandswahl, Geschäfts- und Kassenbericht, Anträge zur Kreiskonferenz bzw. zum Verbandstag und Beschlüsse.

Nach einer kurzen Begrüßungsrede durch den Vorsitzenden, Kollegen Peter Rehr, wurde bestimmt, nach der Mitgliederzahl des 4. Viertelsjahres 1927, zehn Vorstandsmitglieder zu wählen. Gewählt wurden als 1. Bevollmächtigter Peter Rehr, Höhr; 2. Bevollmächtigter und Geschäftsführer Hans Otte, Höhr; Schriftführer Fritz Hoffmann, Horschheim; Beisitzer Jac. Hel. Kamp, Höhr; Clemens Gerhards, Grenzhausen; Florian Storch, Birges; Emil Singer, Birges; Heins Seeger, Niederlahnstein; Rudolf Graf, Hilscheid und L. Sammes, Brandbach.

Das Vorstandsmitglied für die Filiale Mogenborn wird durch besonderen Mitgliederbeschluss noch bestimmt. Sämtliche Kandidaten nahmen die Wahl an und verbrachten im Interesse der Gesamtorganisation, nach wie vor zum inneren Auf- und Ausbau der Zahlstelle beizutragen.

Den Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Otte. Daraus war zu entnehmen, daß auch im Jahre 1927 eine langsam aber sicher aufwärtssteigende Entwicklung der Zahlstelle festzustellen ist. Die Einnahmen in der Hauptkasse stiegen vom 1. Quartal 1927 mit rund 12000 auf rund 18000 im 4. Quartal, beziehungsweise die umgekehrten Beitragswärmen von 20000 im 1. Quartal auf 24000 im 4. Quartal.

Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzierten im 4. Quartal mit 18249,02 RM, die der Nebenkasse mit 7394,07 RM. Der Beschäftigungsgrad der Mitglieder ist mit Ausnahme von Birges, Papierfabrik Lahnstein und Friedrichs-Jensen als erträglich zu bezeichnen. In bescheidenen Grenzen konnten Lohn- und Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Schlecht steht es dagegen mit den Betriebsvertretungen, die größte Anzahl der Betriebe kennt überhaupt keine Vertretungen, und wo sie gewählt wurden, sind nicht immer die geeigneten Leute gefunden worden. Deshalb muß der Betriebsrätebewegung größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Hauptarbeit des Geschäftsführers lag außerhalb des Büros und bezug sich nicht nur auf Fragen der Lohn- und Tarifpolitik, sondern auch auf die der Arbeitslosenversicherung, der Verkehrsverbände für Arbeitnehmer, auf Mißstreitigkeiten und sämtliche anderen sozialen Fragen.

Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde einstimmig gutgeheißen und der Kassierer entlastet.

Nach Beendigung der Mittagspause ging man zu Punkt 3 der Tagesordnung über: Anträge über. Der Antrag der Geschäftsleitung, daß für die Zukunft in den Filialen monatliche Abrechnung stattfindet, wurde einstimmig gutgeheißen, demgegenüber ein Antrag der Filiale Birges betr. Gewährung von Kostenerstattungen. Auf Antrag der Filiale Birges soll in Vertretungen empfohlen werden, den Kollegen Storch als Delegierten zum Verbandstag zu nominieren; die Filialen haben jedoch das Recht, weitere Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Die Übernahme der Unkosten bei Wohnverhandlungen durch die Hauptkasse wird auf Vorschlag der Filiale Lahnstein als Antrag zum nächsten Verbandstag gestellt.

Anträge der Filiale Hilscheid und Birges betr. Ablehnung der Schlichtungsinstanzen und Durchführung von Streikbewegungen auch bei verbindlich erklärten Schiedssprüchen, wurden mit Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag der Filiale Hilscheid und Birges betr. Schreibweise der Verbandsorgane gegen Sowjetrußland wurde, nachdem Hilscheid den Antrag zurückgezogen hatte, abgelehnt und eine andere Formulierung gutgeheißen.

Ein weiterer Antrag der Filiale Birges betr. Zugehörigkeit zu Wertsportvereinen wurde einstimmig angenommen. Dann erkannte die Konferenz an, daß die Geschäftsleitung bei der Führung von Lokalkämpfen ihre Pflicht erfüllt hat.

Der Kollege Otte ging auch auf die bei den kommenden Bewegungen eventuell einzuschlagende Taktik ein und hat die Delegierten dringend, dafür Sorge zu tragen, daß das in einzelnen Filialen herrschende gute Organisationsverhältnis auf das gesamte Wirtschaftsgebiet übertragen werde, weil nur durch Geschlossenheit erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne.

Nicht unerwähnt möge bleiben, daß wiederholt beleuchtet wurde, daß einzelne Leute durch unsachliche Kritik die Gesamtbewegung zu schädigen versuchen, dagegen wurde anerkannt, daß trotz teilweise scharfer Opposition auf der PreisKonferenz sämtliche Ausführungen sich in sachlicher Form bewegten. Als Ort für die nächste Kreiskonferenz wird Höhr-Grenzhausen oder Brandbach vorgeschlagen. Der Vorstand soll je nach weiterer Entwicklung der Filiale Brandbach dementsprechende Beschlüsse fassen.

Dem Geschäftsführer Otte wurde für seine aufopferungsvolle Tätigkeit der Dank der PreisKonferenz ausgesprochen. Nach 7stündiger Beratung im Interesse der Gesamtbewegung fand die Konferenz ihr Ende.

Arbeitsfreudigkeit?

Die Arbeitsfreudigkeit stellt ein wichtiges Glied in unserer Volkswirtschaft dar. Findet der Arbeitende — gleichviel ob Arbeiter oder Angestellter — Freude an seiner Arbeit, so ist das ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Man sollte nicht bloß um des materiellen Vorteiles willen arbeiten, sondern der Mensch soll auch eine innere Befriedigung in seiner Beschäftigung finden. Leider ist das heute bei vielen Menschen nicht der Fall. Der Unterhaltungsdrang für sich oder die Seinen zwingt viele, jede sich bietende Arbeitsgelegenheit zu ergreifen, gleichviel ob die Arbeit ihm zuzufügt oder nicht.

In den ersten Jahren nach dem Kriege hörten wir immer wieder von Arbeitgeberseite das Klagebild über Arbeitsunlust. Diese Klagen, die nie berechtigt waren, sind heute erst recht nicht mehr am Platz. Es ist längst statistisch nachgewiesen, daß die heutigen Leistungen trotz Arbeitszeitverkürzung über die in der Vorkriegszeit hinausgehen. So selbst der Ausbau der Arbeitslosenversicherung muß dafür bezeugen, um die Arbeitsunlust zu beseitigen. Verrückter ist doch sogar viele Arbeitgeber zu der Ansicht: Die Arbeitslosenunterstützung sei eine Prämie auf die Faulheit der Arbeiter. Deshalb sei sie unzeitgemäß, wirtschaftlich nicht tragbar und müsse daher abgesenkt werden. Alle Arbeitgeber, die so reden, geben sich aber nicht die geringste Mühe, dem Grund der angeblichen Arbeitsunlust nachzugehen und darüber nachzudenken, warum so viele Arbeiter keine innere Befriedigung bei ihrer Arbeit finden.

So machen es auch die meisten Ziegeleibesitzer. Sie leben in dem Arbeiter nicht den gleichberechtigten Menschen im Wirtschaftsleben, sondern nur den Arbeitskraft, der nur dazu da ist, um bei niedrigem Lohn oft unter den schwersten Wohn- und Lebensbedingungen und menschlichen Behandlung einen möglichst hohen Gewinn für den Unternehmer herauszuwickeln. Und doch könnte vieles besser sein in unserem Gewerbe, wenn die Ziegeleibesitzer mehr soziales Verständnis zeigten, und die Ziegler reiflicher organisiert wären. Vornehmlich sind es drei Faktoren: niedrige Löhne, schlechte Unterkunfts- und das Verlangen übermäßig hoher Leistungen, daß eine innere Befriedigung in der Arbeit nicht gefunden wird.

Das deutliche Unterbewusstsein, und nicht zuletzt die Ziegeleibesitzer, haben das Bestreben, bei möglichst hoher Leistung niedrige Löhne zu zahlen. Durch den Zusammenschluß der Ziegeleibesitzer in Verkaufsvereinigungen haben sie ihr Ziel, hohe Verkaufspreise zu erzielen, die in keinem Verhältnis zu den Löhnen und Gehaltsverhältnissen stehen, erreicht. Ist es doch heute so, daß die Verkaufspreise nach den Herstellungskosten des untergelegten Betriebes berechnet werden, um auch diesem Betrieb einen angemessenen Gewinn zu gewährleisten. In der Wochenzeitung des Vereins deutscher Ingenieure hat Dr. Ing. Leichter-Schenk berechnet, daß die Herstellungskosten pro 1000 Steine in einem veralteten Betriebe sich auf 2,50 bis 2,80 RM stellen, dagegen in einem modern eingerichteten Betriebe auf 1,2 bis 1,4 RM. Rechnet man zu diesen reinen Herstellungskosten noch die sonstigen Unkosten, so ergibt sich nach der Berechnung des Dr. Ing. Leichter-Schenk, daß die Gesamtproduktionskosten in einem modernen eingerichteten Betriebe sich auf 1,7 bis 1,9 RM stellen, dagegen in einem veralteten Betriebe auf 2 bis 3,50 RM. Rechnet man nun einen Verkaufspreis von 4 bis 5 RM pro 1000 Steine ab Ziegelei, so ergibt sich ein Reingewinn bei dem modernen eingerichteten Betrieb von 2 bis 3 RM, und bei einem veralteten sind es immerhin noch 1,3 bis 1,5 RM Reingewinn. Es wird also kein Mensch behaupten wollen, daß die Ziegeleibesitzer bei der Festsetzung des Verkaufspreises höhere Löhne zu zahlen. Sind die Ziegeleibesitzer mehr soziales Verständnis zeigen und höhere Löhne zahlen, dann werden die Arbeiter auch eine innere Befriedigung in ihrer Arbeit finden. Die innere Befriedigung bei ihrer Arbeit finden aber nur die Arbeiter, die so angemessen gehalten werden, daß sie auch außerhalb ihrer Familien ernähren können. Da wir aber aus Grund wissen, daß die Ziegeleibesitzer gewillig von ihren Gewinnen nichts abgeben, bleibt nichts anderes übrig, als daß sich alle Ziegler im Keramikischen Bund organisieren, um dadurch die Lebenslage der Ziegler zu verbessern.

Wenn man die Unterkunftsfrage der Ziegler vor 30 Jahren mit der heute vergleicht, so muß man sagen, daß viel sich geändert hat. Und doch finden wir heute noch viele Unterkunftsstätten, die jeder Beschäftigten hätten. Die oft noch schlechten werden, daß im Frühjahr die Strohdächer nicht mit reinem Stroh gedeckt, kein reines Deckmaterial werden, wie oft findet man, daß auf die Santheit der Wohn- und Schlafräume wenig Rücksicht wird, wie oft ist das Dach undicht, so daß es sich Wasser- und Fehlschlamm ergießt. Manchmal findet man auch die Unterkunftsstätten der Mannschaften, und besonders der Grenzer, direkt am Fluß oder in Maschinenwerkstätten. Solche Verhältnisse können nicht dazu beitragen, die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Würden die Ziegeleibesitzer aus sich heraus auf diesem Gebiete mehr soziales Empfinden zeigen und

bessere Unterkunftsstätten mit Badegelegenheit schaffen, ein Schaden für den Betrieb würde es sicher nicht sein. Aber gewöhnlich ist es so, daß nur das Eingreifen der Organisation, eventuell mit Hilfe der Gewerbeaufsicht, Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Arbeiter ist nicht nur eine Maschine, sondern er ist auch ein Mensch mit menschlichen Empfindungen. Er hat ein sehr feines Gefühl für gute oder schlechte Behandlung. Er kann sehr wohl unterscheiden, ob die Leistung, die von ihm verlangt wird, sich im Rahmen des Erträglichsten bewegt, oder ob Leistungen verlangt werden, die den Aufwand an der Arbeitskraft stellen. Gerade auf diesem Gebiete wird von den Ziegeleibesitzern sehr viel geschrieben. Die Zieglerkunst ist es gewohnt, auch dann angemessene Leistungen zu vollbringen, wenn nicht immer der Antriebler hinter ihnen steht. Leider gibt es viele Ziegeleibesitzer, die dies nicht einsehen wollen, die glauben, je mehr Aufseher vorhanden sind, desto größer sei die Leistung. Daß viele dieser Aufsichtspersonen sich einen Ton angewöhnt haben, wie er früher auf dem Kasernenhof zu finden war, soll nur nebenbei erwähnt werden.

Alle diese Umstände tragen sicherlich nicht dazu bei, die Arbeitsfreudigkeit zu heben. Unter solchen Verhältnissen kann der Ziegler keine innere Befriedigung bei seiner Arbeit finden. Soll der Ziegler wirklich Freude an seiner Arbeit finden, dann müssen die Ziegeleibesitzer mehr soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter zeigen. Bis aber dieses soziale Verständnis bei den Ziegeleibesitzern greifbare Formen annimmt, ist noch ein sehr weiter Weg. Weit dem so ist, so muß die Zieglerkunst durch Selbsthilfe für Besserung sorgen. Da der einzelne dem geistlossten, oft organisierten Ziegeleibesitzer machtlos gegenübersteht, so gibt es nur einen Weg, und der ist, daß sich alle Ziegler in ihrer Berufsorganisation, dem Keramikischen Bund, zusammenschließen, um durch die Organisation menschenwürdige Verhältnisse für die Ziegler herbeizuführen.

Zugbewegung in der Tonröhrenindustrie in Frechen.

In einer von beiden Gewerkschaftsrichtungen einberufenen Tonröhrenarbeiterversammlung wurden die Gewerkschaften beauftragt, der Arbeitgebervereinigung der Frechner Steinzeugröhrenindustrie den Antrag zu unterbreiten, die Löhne und Arbeitsfrage um 10 Proz. zu erhöhen. Am 20. Dezember 1927 erhielten wir folgendes Schreiben:

Titel.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Abt. „Keramischer Bund“,
Köln am Rhein.

Auf Ihren Antrag bezgl. Lohnerhöhung sind die Arbeitgeber der Auffassung, daß der laufende Tarifvertrag bis 1. April 1928 gültig ist.

Ich bin beauftragt, in der Angelegenheit mit den Gewerkschaftssekretären eine Besprechung abzuhalten, und läde ich Sie hierzu in Frechen, den 3. Januar 1928, morgens 11 Uhr, in die Gastwirtschaft Durr ein.

Hochachtungsvoll
gez.: Cremer.

Am 3. Januar 1928 stattgefundenen Verhandlungen erzielten das Ergebnis, daß die Arbeitgeber bereit waren, den Stundenlohn des ungelerten Arbeiters von 73 auf 75 Pf. zu erhöhen. Die Arbeiter sollten statt 75 Pf. bei zwölfstündiger Arbeitszeit 90 Pf. pro Stunde erhalten, und die Jugendlichen unter 20 Jahren sollten 1 Pf. pro Stunde mehr bekommen. Die Akkordearbeiter sollten nichts erhalten, weil angeblich die erzielten Akkordeleistungen noch ausreichend sind. Die neue Lohnregelung sollte ab laufender Lohnwoche in Kraft treten und Gültigkeit haben bis zum 1. August 1928.

In einer darauf abgehaltenen Versammlung lehnte die Arbeiterenschaft dieses Angebot ab und beauftragte die Gewerkschaften, den Arbeitgebern folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

1. Der Ablauf des Tarifvertrages zum 31. März 1928 bleibt bestehen.
2. Die Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde wird allen Arbeitern gewährt.
3. Auf diesen Vorschlagsvorschlag teilen uns die Arbeitgeber am 27. Januar folgendes mit:

Wir auf Grund Ihres Briefes vom 11. d. M. von dem Unterzeichneten einberufenen Versammlung der Arbeitgeber konnte sich, da die Forderungen über den Tarif nach nicht festliegen, nicht entscheiden, eine Lohnerhöhung jetzt schon vorzunehmen. — Die Arbeitgeber erwarten vielmehr baldigen Vorschlag über den Tarifvertrag ab 1. April 1928 und werden diesem sofort in die Verhandlungen eintreten.

Hochachtungsvoll
Jakob Kallhauer & Co., m. b. H.

Die Stellung der Arbeitgeber ist klar und deutlich. Die Arbeitgeber sind also nicht bereit, ihr erstes Angebot von 2 Pf. pro Stunde als zwischentfristige Regelung auch auf die jugendlichen Arbeiter auszudehnen. Für die Arbeiterchaft ist es untragbar, mit einem solchen geringen Lohnangebot mit Ausschluß der Akkordearbeiter den Tarif bis zum 1. August zu verlängern. Die zunehmende Zahl der jugendlichen Arbeiterkräfte in allen Betrieben, ist für die Gewerkschaften das Warnungssignal, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der jugendlichen Arbeiter mehr wie bisher Beachtung zu schenken. Müht die Arbeiterchaft der Organisation fest, und rüht nunmehr im verstärkten Maß für den kommenden Lohnkampf, so wird ihr sicher ein besserer Erfolg beschieden sein.

Wissenswertes in aller Kürze.

Christliche Gewerkschaften wiesen im Jahre 1926 einen Mitgliederbestand von 541 092 Personen auf. Pro Kopf betrug die Beitragsentnahme 22,67 RM, bei den freien Gewerkschaften dagegen 34,08 RM.

Meineide werden jährlich in Deutschland rund 70 000 geschworen. Durchschnittlich leistet jeder dreihäufigste Zeuge eine Meineide, den meist wegen Saatschulden. Die Gerichte müßten deshalb der Verpflichtung enthoben werden, Zeugen immer zu vereidigen.

Gemeinde- und Staatsarbeiterverband nahm im Jahre 1927 mit 20 065 Mitglieder zu und hatte am Jahresabschluß 228 522 Mitglieder.

Schreibmaschinenjubiläum ist 1928. Der erste Apparat, der den Namen Schreibungsmaschine im heutigen Sinne verbrieft wurde im Jahre 1828 vom Italiener Conti der französischen Akademie vorgeführt.

Der deutsche Metallarbeiterverband hatte am Jahresabschluß 1927 815 814 Mitglieder. Die Zunahme im Jahre 1927 betrug 140 142 Mitglieder.

Internationale Berufssekretariate. Die Internationale Berufssekretariate hatten Ende 1926 Mitglieder: Transportarbeiter 2 224 954, Bergarbeiter 1 897 706, Metallarbeiter 1 582 932, Holzarbeiter 999 663, Textilarbeiter 941 551, Wasserarbeiter 761 606, Lebensmittelarbeiter 745 001, Privatangestellte 691 387, Fabrikarbeiter 562 136, Öffentliche Dienste und Arbeiter 498 673, Post 475 304, Landarbeiter 314 666, Werklebensarbeiter 306 877, Leberarbeiter 283 399, Maler 181 376, Buchdrucker 180 467, Peramarbeiter 119 457, Tabakarbeiter 106 418, Steinarbeiter 103 944, Gasarbeiter 94 827, Buchhändler 79 509, Hotelangestellte 62 668, Lautarbeiter 48 576, Litografen 46 081, Diamantarbeiter 22 696, Freigentgehilfen 9169. Zusammen 13 822 062.

Kirchenkosten in Preußen sind ziemlich hoch. So betragen die Staatsaufwendungen auf Kosten der Steuerzahler 47 156 000 Reichsmark für die evangelische Kirche und 19 676 000 Reichsmark für die katholische Kirche, dazu kommen noch eine Anzahl anderer Zuwendungen, so daß insgesamt von Preußen 71 600 000 Reichsmark für Kirche und Barrer aufgebracht werden müssen. Für allgemeine Volkswohlfahrt (Volksgelundheit, allgemeine Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt) sind nur 52 Millionen Reichsmark für Preußen angelegt.

Der Verbrauch in Deutschland im Jahre 1925 6300 Millionen Stück verbraucht worden, davon waren 3882 Millionen Stück eigene Produktion, während 2418 aus dem Auslande eingeführt wurden. China führt die höchsten Mengen aus, und zwar im Jahre 1924 83 000 Doppelzentner. Das kleine Dänemark ist der zweitgrößte Eierlieferant auf dem Weltmarkt.

Für soziale Feiertagseinführung traten die Spitzenverbände der Gewerkschaften in einer Eingabe an den Reichsernährungsminister ein. Sie verlangen Freisetzung des Kontingents und Vertretung im Gefrierfleischschul.

Literarisches.

„Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung“ für die deutschen Gewerkschaften kurz dargestellt von A. Ellinger, Preis 60 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14.

Einen wichtigen Schritt zur Erreichung des Zieles, die Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft infolge unrationeller Betriebsführung, Ausbeutung, Streiks und Arbeitslosigkeit zu verbessern und das Elend auf der Welt zu beseitigen zu lassen, stellen die Konsumgenossenschafts- und Bauhüttenbewegungen dar. Es ist verständlich, wenn die arbeitende Bevölkerung zuerst ihre große Macht als Verbraucher erkannt hat und erst viel später dazu kam, sich auch einen Einfluß auf die Produktion zu sichern. Der erste Schritt auf diesem Wege haben die bauhüttenbewegungen durch die Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe getan, der nach dem politischen Zusammenbruch 1918 die sich aller Orten bildenden Hauptproduktionsbetriebe zusammenfaßte und einheitlich organisierte. Ueber die Entwicklung dieser, nun seit 7 Jahren bestehenden Bewegung, ihr Wesen und ihre Ziele, unterrichtet die Schrift von A. Ellinger in eindrucksvoller Weise. Sie zeigt die Ursachen der Entstehung der Bauhüttenbewegung und die zu überwindenden und zu einem großen Teil bereits überwundenen Widerstände, zeigt, daß es gelang die Bauhüttenbewegung innerlich so zu festigen, daß sie heute einen Wirtschaftsfaktor darstellt, mit dem nach die Gewerkschaften rechnen müssen. Diese streng sachliche Darstellung wird allen Gewerkschaftern, Gewerkschafts- und Parteifunktionären willkommen sein, weil sie ihnen in äusserst prägnanter Form alles Wissenswerte über die Bauhüttenbewegung vermittelt, deren Endziel die Gemeinwirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft ist. Der billige Preis erleichtert die Anschaffung des kleinen Büchleins, das in keiner Arbeiterbücherei fehlen sollte.

Köln. Wir bitten alle Zahlstellenverwaltungen unsere Verbändes, uns den derzeitigen Aufenthalt folgender Kollegen mitteilen zu wollen:

- Franz Hartauer, Glaschleifer, zuletzt in Konstantz (Weyern).
- Jacob Mahowitz, Glasmelzer, zuletzt in der Glashütte Teuchern, bei Halle.
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Ker. R. Köln, Severinstr. 199.

Sameln. Wer weiß die Adresse vom Werkmeister Reichardt, zuletzt gearbeitet in der Töpferei in Düren, Kreis Aachen. Nachricht erbeten an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Sameln, Bärentstr. 6.

Arbeitsmarkt.

Für sofort gesucht mehrere Gehilfen und Kesselmacher der Glasfabrik Jenen, A.-G., Dermbach/Rhön.

Gesucht werden 6 Kesselmacher auf Zylinder und Schieber sofort durch Arbeitsnachweis.

Wilh. Krauer, Groß-Rärschen, Bahnpoststr. 5.

Fertiger Keger für Metallfall für sofort gesucht.

Friedrich Kellner, Berlin SW. 50, Bergmannstr. 10.

Fertiger selbständig arbeitender Muffelmacher und Dreh- für Form und Scheibe für unsere Chamottelehre zum 15. Februar gesucht.

Industrie- und Laboratoriums-Apotheker Karl Jesse, Berlin-Buchholz.

2 Fedelpresse, sowie 2 Anfänger werden ausschließweise 3 bis 6 Monate sofort gesucht. Kost und Logis vorhanden.

Arbeitsnachweis Wilh. Kettner-Petershain, Neust. 3.

Wir stellen sofort einen Kesselbreher (Drahtformer) für wegen Wohnungsmangel Ledig bevorzugt. Korrespondenz: Kloster Behra, Kloster Behra (Kreis Schönebeck).

Jüngerer Scheibenmuller, der auch Abgießen, Einrichten und Metallisieren kann, sucht sich anderweitig zu verdingen. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote unter „S. 110“ an den „Keramischen Bund“ erwünscht.

Verlag: Adin Karl, Charlottenburg, Wabestr. 2-3.

Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Wabestr. 2-3.

Druck: E. Janiszewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 28/29.